

Sachstandsbericht Amt 50 (Sozialamt)

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	21.11.2022	V-S 19/2022-1	<p>Nachbewilligungsantrag des Sozialamtes im Haushaltsjahr 2022</p> <p><i>Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beantragt eine Nachbewilligung in Höhe von mindestens 2,7 Mio. Euro über die Stadtkämmerei an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss, da gegenwärtig davon ausgegangen wird, dass dieser Mittelbedarf nicht innerhalb des Ausschussbereiches 5 finanziert werden kann.</i></p>	V / Amt 50	Das Defizit zum Ende des Haushaltsjahres 2022 wurde im Rahmen des Jahresabschlusses innerhalb des Gesamthaushalts ausgeglichen.	Abgeschlossen.
2	08.02.2022	V-S 1/2023	<p>Anerkennung eines 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes für den Abschnitt Bildung und Teilhabe im Sozialamt</p> <p><i>Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung beschließt die Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfes für das Jahr 2023 für zwei 1,0 Stellen für den Abschnitt Bildung und Teilhabe der Abteilung Sonstige Hilfen des Sozialamtes und bittet den Personal- und Organisationsausschuss gleichlautend zu beschließen sowie das Dezernat V alles</i></p>	V / Amt 50	Der Personal- und Organisationsausschuss hat in seiner Sitzung am 21.02.2023 der gleichlautenden Vorlage 12/2023 mehrheitlich zugestimmt.	

Sachstandsbericht Amt 50 (Sozialamt)

			<i>Weitere zu veranlassen.</i>			
3	08.02.2022	V-S 8/2023	<p>Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion vom 27.01.2023: Wohnungslose Menschen in Bremerhaven</p> <p><i>Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung möge beschließen:</i></p> <p><i>1. Der Magistrat wird aufgefordert, einen Sachstandsbericht über die Situation von wohnungslosen/obdachlosen Menschen in Bremerhaven abzugeben, insbesondere über die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote und die aktuelle Entwicklung.</i></p> <p><i>2. Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit den wesentlichen Trägern der Wohnungsnotfallhilfe und den zuständigen kommunalen Stellen zu prüfen, welche Maßnahmen/Konzepte erforderlich sind, um zur langfristigen Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit beizutragen. Zu prüfen, ob das Konzept Housing First und Little Homes für unterschiedliche Personengruppen ein weiterer (und kein ersetzender) Baustein im bestehenden Hilfesystem sein kann.</i></p> <p><i>3. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,</i></p>	V / Amt 50	In einem Auftaktgespräch im März 2023 wurden die weiteren Bearbeitungsschritte besprochen.	

			<p><i>ob und wie an der Gemeinschaftsunterkunft eine Unterbringung von Hunden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Unterkunft erfolgen kann.</i></p> <p><i>4. Für die geforderten Prüfungen bzw. für deren Umsetzung sind absehbare Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.</i></p>			
--	--	--	--	--	--	--